

Erscheint wöchentlich 3 Mal  
in Leipzig.  
Bestellungen nehmen alle  
Postanstalten und Buch-  
handlungen des In- und  
Auslandes an.  
Hilfs-Expeditionen für die  
Bereinigten Staaten:  
F. A. Serge,  
Box 101 Hoboken, N. J.  
G. A. Schneider,  
98 S. Market str. corn.  
Madison str. Chicago, Ill.

# Der Volksstaat

Abonnementspreis:  
Für Preußen incl. Stempel-  
steuer 21 Sgr., für die übrigen  
Deutschen Staaten 16 Sgr.  
pro Quartal.  
Monats-Abonnements  
werden bei allen Deutschen  
Postanstalten auf den 2. u.  
3. Monat u. auf den 3. Mo-  
nat besonders angenommen,  
im Rgt. Sachsen u. Preuß.  
Sachs.-Altenburg auch auf  
den 1. Monat à 5<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Sgr.  
angenommen.

Organ der sozialdemokratischen Arbeiterpartei und der internationalen Gewerkschaften.

Nr. 65.

Mittwoch, 30. Juli.

1873.

## Zur Geschichte der Commune und ihrer Mörder.

In englischen Blättern finden wir nachstehende, einem australischen Blatt entnommene Aktenstücke, die wir einer Uebersetzung für den „Volksstaat“ für werth halten, und sammt den einleitenden Bemerkungen der englischen Blätter hier wiedergeben:

Die folgenden Briefe von Gefangenen an Bord des auf der Reise nach New-Caledonien begriffenen französischen Schiffs „Orne“ werden für viele unserer Leser von Interesse sein. Die „Orne“ lief Ende März, mit 1540 Commune-Gefangenen an Bord, bei Melbourne ein.

1. Brief. Meine Herren: Sie sind wahrscheinlich nur unvollkommen mit der Geschichte der Ereignisse vertraut, welche uns in die Deportation führten.

Wir bebauern unsere Unfähigkeit, Ihnen bis ins Einzelne Mittheilung machen zu können über alle in Europa seit 1870 geschehenen Thatsachen; aber wir hoffen Ihre Kenntniss mit einigen für die Bildung des Urtheils über uns unumgänglich nothwendigen Einzelheiten ergänzen zu können.

Sie sind hinlänglich unterrichtet von den zahlreichen Unglücksfällen, welche Frankreich in den Jahren 1870 und 71 erlitt. Die Proklamirung der Republik am 4. September gab Frankreich einen neuen Impuls. Paris stellte 400,000 Freiwillige, verwandelte seine Wohnhäuser in Ambulanzen und änderte seine Fabriken in Arsenale und Kanonengießereien um. Die Provinzen, angeeifert durch Gambetta, stellten die Ost- und die Voirearmee in das Feld. Mit Patriotismus kostete man allerwärts neue Kräfte zu gewinnen. Die Pariser trieben den Feind von der Ebene von Chantilly zurück, die Bogesenarmee hielt die Preussien im Schach und die Voirearmee zwang sie zuletzt durch ihren Sieg bei Coulmiers, das Voiregebiet zu räumen und auf Versailles zurückzuweichen. Aber alles dies war nur durch den Aufschwung des Patriotismus errungen und trotz der Mithilfe unserer Generale.

Trochu hat durch sein Verhalten in einer Art das Vertrauen von Paris erschüttert und das Nichttrauen des Volks in Schlaf gelockt; da er den Sieg der Republik um keinen Preis wünschte, richtete er hinfort seine Anstrengungen darauf, den Patriotismus der Pariser zu erwidern, erwartend die Zeit, wo er Paris und Frankreich den Händen des Feindes überliefern könne.

Gambetta, schlecht berathen und noch schlechter bedient, hatte an die Spitze seiner Armeen Generale gestellt, wie D'Aurelles de Paladines, welcher, anstatt den ersten Erfolg rasch auszunutzen, es zuließ, daß drei Armeekorps durch die größere Zahl der Feinde allmählich aufgerieben wurden, während er heimlich das Schlachtfeld verließ.

Die Voire-Armee kämpfte sieben Tage — vom 1. bis 9. December — ohne Obergeneral. D'Aurelles de Paladines war nach Ochebourg geflohen und es war General Chanzy, welcher, nachdem er die Trümmer der Armee gesammelt, dem Feind die Stirne bot und einen ruhmvollen Rückzug über die Voire antrat.

Der Monat Januar war durch eine letzte Anstrengung des Patriotismus ausgezeichnet. Die Voire-Armee, nunmehr unter Chanzy's Commando stehend, kämpfte während dreier Tage. Am 10., 11. und 12. Januar, bei Mans. General Faidherbe leistete ruhmvollen Widerstand bei St. Quentin, aber der elende Trochu verhielt sich den Preussen gegenüber in völliger Unthätigkeit, während diese ihre Armeekorps aus der Umgebung von Paris detachirten, sich auf unsere Truppen in der Provinz stürzten und sie durch ihre überlegenen Massen niederschmetterten.

Zuletzt noch erreichten, statt einer würdigen Krönung dieses Gebäudes von Infamie, der Verräther Trochu und seine verwandten Genossen Ducrot und Binoy, bei Montretout einen Erfolg, welchen sie nicht erstrebt. Trochu wollte der Nationalgarde nur ein wenig zur Aber lassen; und unter dem falschen Vorwand eines Waffenstillstands sicherte das Trio dem Feinde alle Forts von Paris mit ihrer Verfassung und ihren Vorräthen und unterzeichnete die niederträchtigste Capitulation, welche je in die Annalen einer Nation ist eingetragen worden.

Von jenem Moment an war alle Hoffnung verloren. Unter dem Einfluß des Schreckens, der leichter eingelöst als entschuldigt wird, ernannte Frankreich eine genügende Zahl entwürdigter Volskvertreter, welche den Frieden um jeden Preis erbat, selbst um den Preis der Ehre. Paris in seiner schmachvollen Lage konnte nur einen ohnmächtigen Protest erheben. Der größere Theil seiner Vertreter zog sich aus jener Versammlung von Heiligkeiten zurück, aber er hatte sich vor der Nation zu beugen.

Die alten Vertreter aller alten gefallenen Regierungen wurden aus ihren schimmlichen Verstecken hervorgeholt, und sie wurden nicht umsonst gerufen, denn sie sollten ein Grab graben der Republik und dem blutenden Leichnam des verstückelten Frankreich eine Krone aufsetzen. Trotz der in Versailles geschriebenen Abmachungen, erhielt man, auf Grund eines mit den Preussen geschlossenen geheimen Vertrags, Truppen, um Paris einzuschließen und verluste mit ihrer Hilfe während der Nacht des 17. März, es zu entwaffnen. Aber Paris war wachsam, denn es wußte, daß der Vertrag von Bordeaux die Republik bloß so lange aufrecht erhielt, bis die Gelegenheit für ihre Befreiung sich würde günstig zeigen. Das Volk griff zu den Waffen, die Truppen zogen sich zurück und in wenigen Stunden war das Gouvernement besetzt. Die Generale Clement Thomas und Lecointe wurden von ihren eigenen Truppen erschossen und das Central-Comité der Nationalgarde letzte, nachdem es die Anordnungen für die Gemeindevahlen getroffen, seine Gewalt in die Hände der durch das pariser Volk frei gewählten Commune. Dann begann der Kampf zwischen der Commune und der Nationalversammlung, welcher für die, welche den Namen der

Vordeur war der Sitz der Nationalversammlung während des Waffenstillstands, hier wurde beschlossen, die bestehende Republik als provisorisch anzuerkennen.

„Versailler“ führt, ein Schandpfahl ist, an welchen für ewig die Gesammtheit ihrer Mitglieder wird angenagelt sein.

Wollen Sie die Commune nach ihren Handlungen beurtheilen? Hier sind ziemlich getreu alle Verordnungen, welche nicht speciell die besondere Organisation von Paris betreffen, d. h. solche, welche nicht von ausschließlich lokalem Interesse sind.

1. Trennung von Kirche und Staat.
2. Unentgeltlicher, obligatorischer und rein weltlicher Unterricht für alle Grade.
3. Unterdrückung der stehenden Armee und die Verpflichtung aller Bürger zur Vertheidigung des Vaterlandes.

Endlich das Recht zu leben für alle Bürger in dem gleichen Umfang; Arbeit, Bildung und Tugend begründen die einzige Aristokratie.

Dieses waren die Grundgedanken unserer Prinzipien. Für diese haben wir gekämpft, für diese leiden wir und ist Jeder bereit, den Kampf aufs Neue zu beginnen. Wir sind besiegt, aber wir sind nicht entmutigt. Und dennoch wagt man es, unsere rotte Fahne mit Schmutz zu bewerfen. Sie ist gefärbt worden mit Blut, es ist echtes Blut, denn es war unser eignes Blut, mit dem sie gefärbt wurde.

Wir haben hinweggesetzt die Vendome-Säule\*, dieses Monument unzähliger Verbrechen, begangen von einem Menschen an der Menschheit. Wir haben zerstört das Palais des Tyrannen, das Monument der Infamie und der Schlußwinkel schimpflicher Fester. Das ist alles wahr. Aber Sie wünschen zu wissen, wer die Brandstifter der großen Magazine, der Docks von La-Pilette, des Finanzministeriums und der Privathäuser waren? Erkundigen Sie sich bei den Brandbomben von Versailles. Die können Ihnen klare Antwort geben, denn heute liegen jene Vorfälle offen zu Tage. Fragen Sie auch die Dooner Eisenbahnkompagnien, wer das Feuer an die Station gelegt, nachdem man sie zuerst geplündert.

Man hat uns ferner die Erschießung einer Anzahl Geiseln, unter welchen der Erzbischof von Paris war, ins Gesicht geworfen, jener Prälat, von dem man jetzt soviel Aufsehens macht und den man vorher sich weigerte, gegen Blanqui auszuwechseln\*\*. Wissen Sie, wie und wann jene Männer erschossen wurden? Am 27. Mai, als die Armee der Versailler bereits 30,000 Mann stark eingezogen war, wurden sie durch erbitterte Kämpfer in der Wuth niedergeschossen, welche feindliche Agenten dazu angereizt und welche die Befehle und Bitten eines Mitglieds der Commune, welches übermenschliche Anstrengungen machte, die Repressalien zu verhindern, hartnäckig mißachteten.

Das ist die Wahrheit — die nackte Wahrheit. Ich habe kein Bedürfnis, die Thatsachen zu demänteln, die Geschichte hat sie and Tageslicht gebracht. Sie sind hinfort offenbar und unwiderleglich.

Soll ich Ihnen jetzt noch erzählen, was wir erduldet haben? Ich will mich bemühen, es in möglichst wenig Worten darzulegen. Nach dem Einzug der Truppen in Paris ward eine Aera der Blünderung und der Massacres inaugurirt, die bis gegen Mitte Juni währte. Das war die „reguläre“ Armee — die Armee der „Ordnung“. Während 10 Tagen beraubte sie sich im Morden und Plündern. Männer wurden hingerichtet, weil sie im Besitz eines Stücks von einer Nationalgardemuniform befunden wurden, Mancher wegen einer goldenen Uhr; Frauen wurden niedergemetzelt, weil sie um das Leben ihrer Männer baten, und selbst Kinder wurden erschossen, um an dem Tode ihrer Väter Theil zu nehmen.

Der Marquis von Gallifet ließ aus den Reihen der Gefangenen die alten weißhaarigen Männer auswählen; sobald deren Zahl sich auf 93 belief, rief er, die Hände sich vor Freunden reichend: „Ach, nun will ich auch meine Dreihundneunzig haben“. Und in der That verließ er einige Minuten nachher das schredliche Geräusch einer Mitrailleuse, daß die 93 Märtyrer ein Opfer für die Freiheit und die Gerechtigkeit geworden waren.

Bis zum 14. Juni wurden die Gefangenen massenweise in den Kasernen der Stadt mit Mitrailleur erschossen. In den außenliegenden Quartieren wurden die Festungsgraben mit Dekatomben zudeckend, oft noch lebenden Fleisches gefüllt. Hier ein Beispiel: am 21. Mai wurde ein kaum 19-jähriger Bursche, Namens Louis Biglat in Passy zusammengeschossen; nachdem er den Gnadenstoß erhalten, der hinter dem linken Ohr eindrang und durch die rechte Wange herausfuhr, wurde er von Nachbarn aufgehoben, die ihn pflegten und seine Wunden heilten. Kaum war er hergestellt, so verhafteten ihn die Agenten der treiflichen Regierung des Hrn. Thiers von Neuem und der Unglückliche blieb bis Ende September 1871 im Gefängniß.

Nachdem die Versailler 39,000 Mann niedergeschossen hatten, arretirten sie 60,000, die an Bord der Pontons in den Docks von Satory, und in den Kellern und Gräben der Drangerie von Versailles eingeschloßt wurden. Die Gefangenen hatten hier so entsetzlich anzusehen, daß sie es bedauerten, den Massenerschießungen entgangen zu sein. Neuntausend Menschen wurden ohne Nahrung drei Tage lang in einem Raum, 500 Metres lang und 130 Metres breit, eingeschlossen, mit nichts zu trinken als dem schmutzigen Wasser, das sich aus dem Hof in einer Unrathgrube (coss-pool) sammelte. Die den Raum umgebenden Mauern waren mit Schießscharten versehen, durch welche die Soldaten ihre Chassepots steckten, und wehe, wenn in der Nacht Einer sich rührte, dann wurde sofort aus 20 Mündeln ans Gradenwohl in diese Masse menschlicher Leiber hineingefeuert! Mehrere wurden wahnsinnig vor Wuth und Schmerz; Andere ersanken sich in den Gräben, die der wiederholt herabströmende heftige Regen mit Wasser

\* Eine Säule mit der Statue Napoleons I., errichtet zum Andenken an dessen Stege.

\*\* Die Wichtigkeit dieser Thatsache wurde auch vor dem Kriegsgericht zu Versailles constatirt.

füllte. Viele starben an Entkräftung und in Folge der Strapagen; während Andere, durch die Kugel der Ordnung-Vertheidiger getödtet, so lang unter den Ueberlebenden liegen blieben, bis der Gestank auch für die Wächter unerträglich ward.

Erst am 9. Juni fing man an die Pontons bei Versailles zu leeren; nur 1900 Offiziere blieben in den Docks von Satory. Von nun an wurden auch die summarischen Erschießungen allmählich eingestellt, und unsere Lage begann sich zu bessern; blieb jedoch immerhin schlimm genug, denn nachdem ich verurtheilt war, wurde ich einen ganzen Monat lang mit 300 (dreihundert) Leidensgenossen in einen Stall mit 44 Ständen (stalls), je für 1 Pferd, eingeschloßt, der, weil er für die Pferde zu ungesund war, hatte aufgegeben werden müssen. Wir mußten auf schmutzigem Stroh schlafen, unsere Decken waren voll Ungeziefer, die Matten schwärmten zu Tausenden herum, und der Thermometer stand oft viele Grade unter dem Gefrierpunkt, denn es war im Dezb. 1871.

Unsere tägliche Kost bestand aus 290 Gramm Brod, 100 Gramm Schiffsweibad und 100 Gramm Schmalz, zweimal täglich verteilt. Wie Sie sich denken können, ist es unter solchen Umständen nicht zum Verwundern, daß die Menge der Erkrankungen unser Schiff gezwungen hat, in diesen Hafen einzulaufen, — für uns ein sehr glücklicher Zufall, da wir ihm das Vergnügen verdanken, mit Einigen von Ihnen in Verbindung zu treten.

(Der zweite Brief in nächster Nummer.)

## Politische Uebersicht.

— Es kommt bei Tendenz- und andern politischen Prozeßes gewöhnlich vor, daß dem Angeklagten, wenn er das herrschende System oder die herrschenden Klassen scharf angreift, das Wort entzogen wird. Im „Rechtsstaat“ nennt man dies „Redefreiheit“. Billiger Weise sollte nun auch den Staatsanwälten, wenn sie, was ja so häufig, zu weit gehen, ein Maulkorbchen vorgehängt werden. Wie weit aber ein Staatsanwalt gehen darf, zeigt ein Auszug aus dem Plaidoyer des Staatsanwalts gegen die Angeklagten des Biertravalls zu Frankfurt a. M.: „Wer ist der wahre Rädelshführer?“ ruft pathetisch der Herr Staatsanwalt aus. „Wir haben 4, 5, 6 Personen als Rädelshführer bezeichnet; sie sind auch Rädelshführer in dem Sinne, daß sie die Leitung der Demolirung in den einzelnen Fällen gehabt haben. Es fehlt aber an einer Person, wird man sagen, die über der ganzen Sache gestanden und sie unsichtbar geleitet hat; man wird Ihnen sagen, die Angeklagten sind lauter Statisten, die das Drama angeführt, die eigentlichen Akteure stehen hinten den Kulissen und haben die Statisten am Bändchen geführt, das sind die verführten Leute. Sie werden dem entgegen, daß jeder erwachsene Mensch Herr seiner Handlung ist und daß jeder erwachsene Mensch diejenige Handlungen, die er verübt hat, in vollem Bewußtsein, aus eigenem freien Entschluß, ungedrungen, dem Gesetz gegenüber voll und ganz zu vertreten hat; Sie werden dem entgegen halten, daß es zwar richtig ist, wie Herr Polizei-Präsident anführte, ein großer Theil der Schuld wohl fallen mag auf jene gewissenlosen Agitatoren, eine schamlose Presse, die so häufig das Gehirn der ungebildeten Arbeiter mit utopischen Wahngedanken gefüllt hat, die darauf abzielt, den Staat unzustützen und an seine Stelle ein Wahngedicht zu setzen, was unmöglich bleiben wird, so lange die Menschen Menschen sind. Es gibt noch andere Faktoren und das ist jener brutale Uebermuth des Materialismus, möchte ich es nennen, der sich in unserer Zeit breit und geltend macht, das ist der Uebermuth, der gestern einen Angeklagten sagen ließ, wenn ich nicht 7 fl. habe, um sie an einem Abend zu verjubeln, so gehe ich lieber nicht zu einem Vergnügen. Dieser Uebermuth, die Nichtachtung vor dem Gesetze, dieser Mangel an Respekt vor dem Eigenthum ist es, der die Angeklagten hierhergeführt; er ist es, der vor nicht langer Zeit, im Jahre 1871, das Unheil der Kommune in Paris hervorgerufen hat. Wenn Kirche und Schule nicht im Stande gewesen sind, in diesen Leuten die heilige Achtung des Gesetzes, zur Ehrfurcht vor dem Eigenthum wach zu rufen und wach zu halten, ohne die der Staat nicht bestehen kann, ist es Pflicht der Richter und Ihrer Pflicht, einzuschreiten, ja ich spreche es aus, daß Sie mit Strenge einschreiten und daß Sie den Leuten das, was sie ver-gessen haben, mit eherner Faust in das Gewissen schreiben; Achtung vor dem Gesetze, Sie werden sich daran erinnern, was Alles die Folgen der Handlungen der Angeklagten gewesen sind.“ Wer der „wahre Rädelshführer“ ist, wollen wir Ihnen sagen, Herr Staatsanwalt, der Sie von den heutigen Verhältnissen Nichts verstehen; der „wahre Rädelshführer“ ist die heutige Klassenherrschaft; nicht die „schamlose Presse“, nicht die „gewissenlosen Agitatoren“ sind es, die der Masse den „Respekt vor dem Eigenthum“ nehmen, sondern das Bewußtsein, daß das „Eigenthum“ der bestehenden Klassen die Frucht eines „gesetzlichen“ Raubes, eines „gesetzlichen“ Diebstahls ist. Sie rufen nun gar „Kirche und Schule“ an, die preussische Schule, die gerade halb so viel kostet, als die Civil-liste des Heilensgreises, und die „Kirche“, nachdem eben die Jesuiten ausgetrieben! Ja wenn sie wüßten, wie wohlthätig das „Unheil der Kommune“ während seiner Existenz gewirkt hat, wenn Sie wüßten, daß man während dieses Unheils in Paris nie nöthig gehabt hat, die lächerliche Theorie von der „Heiligkeit des Eigenthums“ aufzustellen, so könnten Sie vielleicht noch etwas lernen. Aber von Allem dem wissen Sie nichts.

Und trotz Ihrer Nichtwisserei, trotz Ihrer unmotivirten Schimpferei hat man sie sprechen lassen! — Ja, die Staatsanwälte haben Redefreiheit. Wenn heute der Oberstaatsanwalt Wolf in München, der bekanntlich einen Brief an den Dezemberverbrecher Bonaparte geschrieben und ihm angeboten hat, er wolle die demokra-

tischen Blätter verfolgen, welche ihn (Bonaparte) angriffen, einen Mann wegen „unpatriotischer Handlungen“ anzuklagen hätte, und der Angeklagte würde sagen: „Ich lasse mich nicht von einem Menschen anklagen, der unter den Tuilerien-Patrioten sich befindet!“ — wer würde da zum Schweigen verdammt? Der Staatsanwalt? — Gott bewahre! — Der Angeklagte, denn — wir haben einen „Rechtsstaat“.

Ueber die Vorgänge in Spanien haben wir bis jetzt nur Berichte entweder aus Carlistischen oder aus Madrider Regierungskreisen. Von Seiten der föderalistischen Republikaner, die in Cartagena, Xerez, Cadix und andern Städten die Oberhand gewonnen haben, liegen noch keine Berichte vor, ebensowenig von Seiten der Sozialisten, deren Organe und sämtlich ausgeblieben sind. So viel läßt sich aber jetzt schon mit Gewißheit sagen, daß alle Schauer- und Schreckensgeschichten, die über angebliche Gräueltaten der „Insurgenten“ (die zu denunziatorischen Zwecken meist schlechtweg „Internationale“ genannt werden) in die Welt hinausposaunt worden sind, sich in den meisten Fällen entweder als absichtliche Lügen oder Ausgebirten der feigen Angst, und in den wenigen Fällen, wo nicht jede tatsächliche Grundlage fehlt, als kolossale Uebertreibungen oder schamlose Wahrheitsverdrehungen herausgestellt haben. Der einzige Punkt, wo es zu einem blutigen Konflikt zwischen Arbeitern und Bourgeoisie gekommen, ist Alcoy, und über die dortigen Ereignisse wird deshalb auch von der gegnerischen Presse am Eifrigsten gelogen. Die Lügner haben jedoch in der Hitze so ungeschickt gelogen, daß sie selber ihr Lügennetz wieder zerissen. Der Bürgermeister, der zum unglücklichen Schlachtopfer aufgepufft werden soll, lassen sie mit eigener Hand auf die Arbeiter schießen, welche bis dahin keinen Gewaltakt begangen hatten; und während sie das kurze Handgemenge, bei dem verschiedene Personen, darunter auch der besagte Bürgermeister, das Leben verloren, zu einem lang vorbereiteten systematischen Aufstand zu machen versuchen, gestehen die Tölpel doch ganz unbefangen zu, daß die Insurgenten dem nach diesem Austritte in die Stadt einrückenden schwachen Truppendetachment keinen Widerstand leisteten, sondern sich gütlich mit den Militär- und Civilbehörden verständigten!

Wir theilen nachstehend eine dem „Crimtschauer Bürger- und Bauernfreund“ entnommene kritische Uebersicht des zu Alcoy Geschehenen mit: „Die Arbeiter dieser Stadt waren meist Sozialisten, und da trotz außerordentlicher Theuerung die Fabrikanten eine Lohnerhöhung schneidig ablehnten, bereiteten sie einen Streik vor, um höhere Löhne zu erzielen. Montag, den 7. Juli, organisierten einige von ihren Führern die Arbeitseinstellung, und eine Versammlung im Stier-Circus stellte Bedingungen fest. Am andern Tage erschien eine Commission der feiernden Arbeiter vor dem Bürgermeister Don Agostino Albors und ersuchte ihn sehr höflich, die Fabrikanten binnen 24 Stunden zusammenzuberufen, um deren Antwort zu erhalten. Wahrscheinlich glaubte Albors, ein eingestrichelter Ausbeuter, der aus Alicante Truppen bestellt hatte, den Forderungen der Arbeiter widerstehen zu können, und rieth den Fabrikanten, sich mit den Männern, denen sie ihr Vertrauen schenken könnten, in ihre Häuser einzuschließen und Verteidigungsmaßregeln zu treffen; er selbst würde im Außenlande der Gefahr ihnen zu Hilfe kommen. Der Bürgermeister versammelte dann in dem Rathhause und in dem Turme St. Augustin 32 Gendarmen und Polizisten. Inzwischen hatten sich die Arbeiter zu mehreren Tausenden ohne Waffen und friedlich auf dem Rathhausplatz vereinigt und schickten wieder eine Commission zum Bürgermeister. Als dieser erklärte, noch keinen entgeltlichen Bescheid geben zu können, bemerkte ihm einer der Führer, daß die Arbeiter den Rücktritt des Gemeinderaths verlangten. Es sieht nun fest, daß der Bürgermeister auf den Balcon hinanstret und mit eigener Hand einen Schuß in die Menge feuerte. Die Gruppen auf dem Plage zerstreuten sich durch die Stadt, um Waffen zu holen und den Kampf zu beginnen. Führer der Bewegung soll von Anfang an ein gewisser Albarracin, ein junger Mann aus Valencia, gewesen sein. Der Sturm auf das Rathhaus und der Kampf auf dem Plage dauerte von Mittwoch Nachmittag bis Donnerstag Morgen, wobei die Arbeiter 11 Tode und noch mehr Verwundete verloren. Am Donnerstag schwieg das Feuer der Belagerten aus dem Rathhause und der Kirche San Francisco. Die Verteidiger hatten ihre Munition verschossen und es blieb den Behörden kein Mittel des Widerstandes mehr. Die Arbeiter hatten aus der ganzen Stadt Waffen- und Pulvervorräthe zusammengeschleppt. Die Zahl der Kampftenden wird auf 2500 angegeben. Während des Kampfes waren die den Markt einschließenden Häuserreihen in Brand gerathen.

Als der Widerstand aufhörte, zerschmetterten die Stürmenden mit Artschlägen die Thore des Rathhauses, drangen in dasselbe ein und tödteten zwei Gendarmen und 16 Polizisten. Was den Bürgermeister Albors betrifft, so schleppten sie ihn auf den Balcon und fragten die Menge, welche den Platz anfüllte, ob sie ihn todt oder lebendig haben wollte, und als die Antwort erscholl „lebendig“, wurde er herabgedrückt und auf dem Plage gehängt. Im Ganzen kamen 30 Personen um, welche sich an dem verrätherischen Anfall auf das Volk theilhaftig hatten. Dann war die Stadt ganz in der Gewalt der Arbeiter, welche im Rathhaus einen Wohlfahrtsausschuß einsetzten, aber weder raubten, noch mordeten, sondern nur allen Männern verboten, die Stadt zu verlassen, während sie den Frauen erlaubten, mit Pässen versehen sich zu entfernen. Viele derselben flüchteten sich in die benachbarten Ortschaften. Man traf auch Anstalten, einige der brennenden Häuser zu löschen. Inzwischen war in Alicante eine Commission ernannt worden, die sich nach Alcoy begeben sollte, um den Frieden zu vermitteln. Diese Aufgabe hatten Cervera, als Delegirter des Gouverneurs, und die Provinzial-Deputirten Beltran, Charques und Rogueras übernommen. Es folgte ihnen der Gouverneur von Alicante mit einigen Truppen. Er steckte die Parlamentärsflagge auf und es kam aus der Stadt eine Commission von 6 Mitgliedern, mit welchen er sich zum Rathhause begab und mit dem Wohlfahrtsausschuße eine Besprechung hielt. Man kam hierbei überein, die Einwohner von Alcoy strafflos ausgehen zu lassen und für die in der Stadt angerichteten Schäden durch eine nach Maßgabe der direkten Steuern zu vertheilende Auflage Ersatz zu verschaffen. Dann ließ man den General Belarde ruhig in die Stadt einrücken. Letztere Thatfachen beweisen zur Genüge, daß es feststeht, daß sich die Arbeiterklasse im Stande der Nothwehr befand, und lediglich die Bourgeoisie, respective der ihr ergebene Bürgermeister, schuld an dem Blutbade ist. Nachdem die Stadt sich beruhigt hatte, erfolgte eine Verständigung in Betreff des Streikes; die Lohn-erhöhung wurde zugestanden und die Arbeit sollte am 17. Juli wieder beginnen.“

Inzwischen haben die spanischen Verwicklungen dem neuen deutschen Reich Gelegenheit gegeben, seine, schon gegen die Pariser Commune heldenhaft durchgeführte Rolle des internationalen Polizeibüchseles wieder einmal zu spielen. „Seiner Majestät“ Kriegsschiff, „Friedrich Karl“, das sich seit Wochen an der spanischen

Küste herumtreibt, hat nemlich auf telegraphischer Siegesdepesche ein kleines den Insurgenten von Cartagena gehöriges Fahrzeug weggelapert, wozu beiläufig sehr wenig Courage erforderlich war, da das betreffende Fahrzeug ein bloßes Postschiff war! Damit die Herr Nationalliberalen über diesen „glorreichen Seesieg“ der jungen deutschen Marine nicht außer dem Häuschen gerathen, wollen wir ihnen, aus purer Menschenfreundlichkeit, verrathen, daß der sehr „respectable“ und auch liberale „Spectator“, — wohl das „respectabelste“ der Londoner Wochenblätter — vor Kurzem in einem längeren Artikel seine Freude über die Vermehrung der russischen Flotte ausdrückte, „weil jedes russische Schiff für England ein Pfand des Friedens sei, insofern es im Fall eines Kriegs entweder den Engländern in die Hände fallen oder mit ungeheurerem Kräfteaufwand vor diesem Loos bewahrt werden müßte.“ „Aus denselben Gründen, so schließt der Artikel, wünschen wir auch eine starke deutsche Flotte; denn sie vermehrt unsern Einfluß auf Deutschland.“ (S. Herald of Peace für Juli, der den betr. Passus abbrudt.) Unsere Nationalen sehen hieraus, daß unsere Flotte ein gesundes Fressen ist für die — Engländer; und sonstigen Seemächte.

In der „Versämler Krantsjunker-versammlung“ wieder eine parlamentarische Spiegelgeschichte. Jules Favre, der Fälscher und Erbschleicher, figurirte als Führer der vereinigten Linken! Das kennzeichnet die Gesinnungsgültigkeit dieser Leute! Und die dankten sich besser als die royalistische Crapule der Rechten! —

Der im Englischen Bangerwerke drohende Strike und Lockout ist im letzten Moment abgewandt worden. Nachdem die Unterhandlungen sich zerschlagen hatten, schickten die Arbeiter sich Sonnabend, den 19., an, die Arbeit zu verlassen, als plötzlich von den Meistern die Erklärung einlief, daß sie die Forderungen der Arbeiter voll und ganz bewilligten. Ein glänzender Triumph der Organisation!

### Beschäftigung der Frauen und Minderjährigen in Fabriken.

(Aus der „Angesburger Allgemeinen Zeitung.“)

Der Bundesrath hat in seiner Sitzung vom 4. Mai ds. J. beschlossen: die Resolution des Reichstages vom 30. April ds. J. wegen Anstellung von Erhebungen über die Angemessenheit und Nothwendigkeit eines gesetzlichen Schutzes der in Fabriken beschäftigten Frauen und Minderjährigen gegen sonntägige Arbeit, sowie gegen übermäßige Beschäftigung an den Werktagen, mit Rücksicht darauf, daß über den Gegenstand von der königl. preussischen Regierung, beziehungsweise vom Reichskanzleramt, bereits Verhandlungen eingeleitet sind, einstweilen zurückzulegen.

In Bezug auf die Maßregeln zum Schutze der in Fabriken beschäftigten Frauen hat die königlich preussische Regierung nunmehr ein Promemoria mitgetheilt, in welchem die Ergebnisse der von ihr hierüber angestellten Ermittlungen dargelegt und diejenigen Punkte speciell aufgeführt sind, deren Klarlegung sie zur sicheren Beurtheilung des Verhältnisses und der Modalitäten einer gesetzlichen Regelung dieser Angelegenheit für erforderlich erachtet. Zur Gewinnung einer zuverlässigen Grundlage wird darin insbesondere als nothwendig bezeichnet:

1) Eine nach den Hauptindustrien geordnete Uebersicht, welche nachweist a) die Zahl der in jedem Bezirke beschäftigten weiblichen Personen, gesondert nach Altersklassen (12—14, 14—16, 16—18, 18—20, 20—25, über 25 Jahre) und unter Angabe des Prozentsatzes der Verheiratheten (dabei wird als erwünscht erachtet, wenn zur Vergleichung die Zahl der in dem betreffenden Bezirke beschäftigten männlichen Fabrikarbeiter angegeben würde); b) Anfangs- und Endtermin der Tagesarbeit, die Pausen und die danach sich ergebende effektive Arbeitszeit, eventuell für Sommer und Winter, stille und eilige Geschäftszeiten gesondert. c) Abweichungen von der regelmäßigen Arbeitszeit für verheirathete Arbeiterinnen. d) Vorkommen und Umfang der Nachtarbeit. e) Vereinigung oder Trennung der Geschlechter in den Arbeitsräumen. f) die Lohnsätze nach Minimal-, Maximal- und Durchschnittssätzen. g) Diejenigen Veranstaltungen und Einrichtungen, welche zu Gunsten der Fabrikarbeiterinnen bestehen.

2) Erörterung der vorhandenen Mängel, welche unter Ausnutzung der darüber ob die mit Frauenhänden arbeitende Industrie schon älteren oder jüngeren Datums ist, vornehmlich auf folgende Fragen sich zu erstrecken hätte: a) Sind gesundheitschädliche Einflüsse hegegetreten — allgemein oder für bestimmte Industriezweige? Worin haben sie ihren Grund? Ist eine Abnahme der Kraft und Gesundheit in den theilhaftigen Volksschichten zu bemerken (Vergleichung mit Distrikten wo keine Frauen in Fabriken beschäftigt werden, Ergebnisse der Militärübung)? Ist dieselbe eventuell auf die verklärte Körperentwicklung der weiblichen Jugend zurückzuführen? b) Welche Mängel in Beziehung auf Sittlichkeit, wirtschaftliches und Familienleben sind hervorgetreten — allgemein oder für einzelne Zweige? Auf welche Gründe sind sie zurückzuführen? Welche Bedeutung hat in dieser Beziehung die Beschäftigung der verheiratheten Frauen, der heranwachsenden Mädchen, insbesondere der gemeinsamen Arbeiten männlicher und weiblicher Arbeiter?

3) Erörterung der Mittel zur Abhilfe. Sind solche allgemein erforderlich, beziehungsweise wünschenswerth, oder nur für noch nicht völlig Erwachsene? Welche Mittel sind für zweckmäßig zu erachten?

4) Erörterung der Durchführbarkeit der wünschenswerthen Maßregeln und der Bedenken dagegen. Wird eine Schädigung der Industrie befürchtet, so sind die betreffenden Industriezweige zu bezeichnen und unter Darlegung ihrer Betriebs- und Absatzverhältnisse die Bedenken einer Abkürzung der Arbeitszeit, des Verbots der Nachtarbeit und des Gebots der Trennung der Geschlechter näher zu begründen. Ebenso sind die Bedenken, welche aus der wirtschaftlichen Lage der Arbeiterbevölkerung hergeleitet werden, näher zu begründen, unter Vergleichung der Erwerbsverhältnisse in den Kreisen und Klassen, in welchen Beschäftigung der Frauen in Fabriken stattfindet, mit denen, wo solche nicht stattfindet, insbesondere auch mit den Verhältnissen der Hausindustrie.

Was die Beschäftigung Minderjähriger in Fabriken anbelangt, so hat die Gewerbeordnung vom 21. Juni 1869 in den §§ 128 bis 133, 149, 150, sowie das Gesetz, betreffend die Einführung derselben in Bayern vom 12. Juni 1872 in § 2, Nr. 5, 6, bereits Anordnungen zur Verhütung einer übermäßigen Belastung der jugendlichen Arbeiter mit Fabrikarbeiten getroffen, hinsichtlich deren nur in Frage kommen dürfte, ob und in welchen Beziehungen dieselben einer Ergänzung bedürfen, wenn ihr Zweck sicherer als bisher erreicht werden soll. Hierbei wird es namentlich auf Erörterung folgender Punkte ankommen:

1) Die Bestimmung des § 128 der Gewerbe-Ordnung, daß Kinder zwischen 12 und 14 Jahren in Fabriken nur 6 Stunden beschäftigt werden dürfen, kann in ihrer Ausföhrung nur dann wirksam kontrollirt werden, wenn der Zeitraum, innerhalb dessen

der Anfangs- und der Endpunkt der täglichen Arbeitszeit liegen muß, enger begrenzt werden wird als es im § 129 der Gewerbe-Ordnung geschehen ist. Nach der letzteren sollen die Arbeitsstunden nicht vor halb 6 Uhr Morgens beginnen und nicht über halb 9 Uhr Abends dauern; innerhalb dieser Zeitpunkte ist den jugendlichen Arbeitern Vor- und Nachmittags eine Pause von einer halben Stunde und Mittags eine ganze Freistunde zu gewähren. Der erwähnte Zweck dürfte sich durch einen Zusatz zu § 129 des Inhalts erreichen lassen: daß dieselben Kinder nur vor oder nur nach der Mittagspause beschäftigt werden dürfen. Eine solche Bestimmung würde zugleich die wohlthätige Folge haben, daß der im § 128 für Kinder unter 14 Jahren vorgeschriebene tägliche Besuch eines mindestens dreistündigen Schulunterrichts mehr als bisher gefördert würde, weil dann entweder der ganze Vormittag oder der ganze Nachmittag für den Schulbesuch frei bliebe. Veranschaulicht würde außerdem durch eine solche Anordnung allmählich auch die wünschenswerthe Reduktion der Arbeitszeit auf 6 Stunden, die halbe Schicht der jugendlichen Arbeiter von 14 bis 16 Jahren erreicht werden.

2) Die Controle der Bestimmungen der Gewerbe-Ordnung, welche sich auf zuletzt gedachten Personen beziehen, dürfte wesentlich erleichtert werden, wenn den Arbeitgebern die Verpflichtung auferlegt würde, die für ihre Fabriken bestimmten Anfangs- und Endtermine der Arbeitszeit, sowie der drei Pausen, der Aufsichtsbehörde anzuzeigen.

3) Bei Gelegenheit außerordentlicher Revisionen ist in zahlreichen Fabriken der Mißstand wahrgenommen worden, daß die jugendlichen Arbeiter, welche in Accord arbeiten, die Pausen, auch wenn sie vom Arbeitgeber gewährt worden, nicht benutzen. Dies entspricht jedenfalls nicht der Absicht, welche der Vorschrift des § 129 der Gewerbe-Ordnung zu Grunde liegt; es läßt sich aber nur hindern, wenn dieselbe eine Bestimmung erhält, durch welche außer Zweifel gestellt wird, daß die Strafbestimmungen des § 150 der Gewerbe-Ordnung und des § 2 Nr. 6 des Gesetzes vom 12. Juni 1872 auch auf Arbeitgeber Anwendung finden, welche nur dulden, daß jugendliche Arbeiter während der Pausen in den Fabrikräumen arbeiten.

4) Die Bestimmungen, welche die Gewerbe-Ordnung zum Schutze jugendlicher Arbeiter getroffen hat, erstrecken sich auf die letzteren nur insofern, als dieselben das sechzehnte Lebensjahr noch nicht vollendet haben. Da die Resolution des Reichstages sich auf die Minderjährigen im allgemeinen bezieht, so dürfte ferner in Frage kommen, ob etwa auch im Interesse solcher Minderjährigen, welche das sechzehnte Lebensjahr bereits zurückgelegt haben, besondere Maßnahmen zu ergreifen wären, um sie gegen Ueberbürdung mit Fabrikarbeit sicherzustellen.

5) Außerdem würde in Erwägung zu ziehen sein, ob nicht die Anstellung eigener Beamten zur Beaufsichtigung der Ausföhrung der §§ 128—133 der Gewerbe-Ordnung (Fabrik-Inspektoren), welche in diesem Gesetze dem Ermessen der Bundesregierungen anheimgegeben ist, obligatorisch zu machen und zugleich ihr Wirkungsbereich auf das ganze Gebiet der Fabrikgesetzgebung auszudehnen sein möchte. Nur auf diesem Wege dürfte die nothwendige Verschärfung der Aufsicht über die Ausföhrung der Vorschriften der Gewerbe-Ordnung zu erreichen sein. Die Handhabung der Aufsicht durch die Ortspolizeibehörden hat sich als unzulänglich erwiesen. Ohne allgemeine Ausföhrung des Instituts der Fabrik-Inspektoren würde daher jede sonstige Aenderung der Fabrikgesetzgebung erfolglos bleiben.

Was endlich die sonntägliche Arbeit anbelangt, so ist dieselbe durch § 129 der Gewerbeordnung für jugendliche Arbeiter unter 16 Jahren bereits verboten. Es bliebe daher nur eine Ausdehnung dieser Bestimmung auch auf andere Minderjährige, und auf Frauen, welche in Fabriken beschäftigt werden, in Erwägung zu ziehen.

Der Reichskanzler hat hiernach den Antrag gestellt: der Bundesrath wolle sich damit einverstanden erklären, daß behufs Erörterung der in der Resolution des Reichstages vom 30. April ds. J. bezeichneten Gegenstände eine Enquete angestellt werde.

### Innere Partei-, Verwaltungs- und Organisations-Angelegenheiten.

Ihren Verpflichtungen für Monat Juni sind noch nachgekommen die Mitglieder zu Altona, Berlin, Bielefeld, Darmstadt, Königsberg, München, Süchteln, Stade und Verdau.

Es sind also noch mit ihren Steuern für Juni rückständig: Auerbach, Apolda, Arnstadt, Amberg, Bamberg, Bensheim, Becka, Burgstadt, Celle, Camenz, Coburg, Chemnitz, Constanz, Erfeld, Dresden, Dessau, Düsseldorf, Dülken, Deuben, Dahme, Döbeln, Eisenach, Elstra, Essen, Eiberfeld, Froburg, Fürth, Frankenberg, Forst, Frankenhäuser, Finsterwalde, Freiburg in Schl., Frankfurt a. D., Giengen, Gera, Glauchau, Golsa, Geyer, Geseendorf, Gr. Mühlungen, Großenheim, Gesau, Heindrich, Hiltshausen, Halberstadt, Hersfeld, Herborn, Harburg, Hof, Hatzgerode, Herbede, Hämchen, Kirchhausen, Kreuznach, Köstchen, Kriebitz, Kaiserlautern, Lunzenau, Lützenwalde, Lichtenstein, Leukersdorf, Lübeck, Landau, Münchenbernsdorf, Marburg, Mainz, Mannheim, Meiningen, Molsau, Mülsen St. N., Martitz, Marienberg, M.-Glabbach, Neubielau, Neuhagen, Reudorf, Reischlau, Reustadt a. d. Orla, Oberlungwitz, Offenbach, Ohlau, Pöfnitz, Penig, Persee, Plauen, Pirna, Peilau, Queblitzburg, Ronneburg, Ronndorf, Rochlitz, St. Aegidien, Saalfeld, St. Tönis, Scharnbeck, Solingen, Stuttgart, Schwabing, Stadt Remba, Stafffurt, Schweinau, Tübingen, Thalheim, Viersen, Wandsbeck, Wittgenstorf, Waldenburg, Wieda, Weida, Würzburg, Wiltz, Weigelstorf, Wechselburg.

Hamburg, den 26. Juli 1873.

Der Kassirer: J. Venneke, H. Schäferlamp 34.

### Anträge zum Partei-Kongress.

Die Hamburger Mitglieder beantragen:

1. Diejenigen sozial-demokratischen Blätter Deutschlands, welche gleich dem „Volksstaat“ das Parteiprogramm vertreten, haben sich in persönlichen und tatsächlichen Parteilagen den Parteibehörden unterzuordnen; im Begefall ist ihnen jede moralische und materielle Unterstützung Seitens der Partei zu entziehen.
2. Zur Begründung von lokalen Parteiorganen ist die Zustimmung des Ausschusses, welchem über die bezüglichen Verhältnisse rechtzeitig und ausführlich berichtet werden muß, erforderlich. Der Ausschuß hat bei jeder von Parteigenossen projectirten Zeitungsunternahme außer der agitatorischen Seite auch die Eigenthumsfrage in Erwägung zu ziehen und möglichst zu Gunsten der Besigrecht der Partei zu entscheiden.
3. Der Kongress beauftragt den Ausschuß, sobald die Verhältnisse es gestatten, mit der Gründung einer beliet-

stischen, wöchentlich einmal erscheinenden Partei-Zeitung (Unterhaltungsblatt) vorzugehen. Der Preis dieser Zeitschrift darf zehn Silbergroschen (35 kr.) pro Quartal nicht übersteigen. (Fortsetzung folgt.)

## Gewerkschaftliches.

### Internationale Gewerkschaft der Maurer und Zimmerer.

**Braunschweig.** Ich fordere hiermit die frühere Vororts-Verwaltung in Dresden öffentlich auf, sämtliches Material, als Hauptkassen-Bücher, allen Baarvorrath an Gelde und alle sonst dazugehörigen Utensilien sofort an die jetzige Verwaltung nach Braunschweig abzugeben. Ebenfalls fordere ich sofort das Protokoll der letzten Generalversammlung, um uns und allen Mitgliedschaften Genüge zu leisten. Nachdem dieses mehrmals brieflich gefordert wurde und bislang nichts für diese Sache gethan wurde, fordere ich mich genöthigt, selbiges auf diesem Wege energisch zu fordern, um nicht bei den Mitgliedschaften Misstrauen zu erregen, wegen Laune der jetzigen Verwaltung.

Im Auftrage des Verwaltungsraths:

Heinrich Riede, 1. Vorsitzender, Schöppensiedterstr. 50.

## Correspondenzen.

**Leipzig.** Unter dem Titel „Die Sozialdemokratie und die Volksbildung“ bringt das von Karl Wartenburg redigirte „Norddeutsche Wochenblatt“ einen Leitartikel, der sich gegen das in Nr. 57 d. „B.“ enthaltene Leipziger Referat über die dritte Generalversammlung der Gesellschaft für Verbreitung von Volksbildung richtet. Trodem es dem Leitartikelschreiber „merkwürdig“ erscheint, „mit welchem Ingrimm die sozialdemokratische Partei alle diejenigen Bestrebungen verfolgt, die nicht von ihr ausgehen“, ist er dennoch „nicht überrascht worden, daß der „Vollstaats“ die Gesellschaft für Verbreitung von Volksbildung, die vor Kurzem in Leipzig ihre Generalversammlung abhielt, in seiner bekannten gehässigen Weise angegriffen hat“. Und nun bringt der Artikel den Inhalt des Referats: „Mit Einem Wort“ und endet folgendermaßen: „Merkwürdig, daß das Säbelraseln, das Renommiren und Bramarbasiren bei den Junkern, wie bei den Sozialdemokraten vorkommt, nur in der Form etwas verschiedenes, im Wesen nicht.“

Freilich, diese anmaßende, herausfordernde Sprache ist notwendig, um die Parteigenossen in dem Wahn von der Macht, der Stärke, der Unfehlbarkeit der Partei bezüglich der Parteiführer zu erhalten.

Nichts ist wohlfeiler als ein Programm, eine Forderung aufzustellen, durch welche man unentgeltlichen Volksschulunterricht verlangt. Aber damit dient man der Sache der Bildung sehr wenig. Wenn unter den Tausenden von Menschen, die z. B. die Vorträge des Wanderlehrers Dr. Lindwurm hörten, nur Hundert etwas mehr Kenntniß, Wissen, mit einem Wort: etwas mehr Bildung mit nach Hause getragen haben, so ist das viel mehr werth, als wenn das Organ der sozialdemokratischen Partei und der internationalen Gewerkschaften dergleichen allgemeine Sätze aufstellt, ohne im Uebrigen etwas zu thun, dem Volke Bildung beizubringen.

„Wäre der „Vollstaats“ wirklich das Organ einer jugendfrischen Partei, die das Heil der Zukunft in ihrem Schooß trüge, wäre die internationale Sozialdemokratie wirklich die Partei, aus welcher die Wiedergeburt derselben erfolgen werde, so würde ihre Partei nicht edle Bestrebungen verdächtigen, herabzuziehen und zu verkleinern suchen. Eine Partei, die als Messias der Menschheit sich gerirt, eine Partei, die behauptet, daß die alte abgelebte bürgerliche Gesellschaft absterben und ihr den Platz überlassen müsse, darf nicht voller kleinlicher, giftiger, neidischer Gefühle und abgeschmackter Prahlereien sein. Das ist ein Zeichen innerer Krankheit und Verderbniß. Und aus Krankheit und Verderbniß kann nie das Heil der Welt kommen!“

Das „Säbelraseln“, „Renommiren“, „Bramarbasiren“ und auch die „herausfordernde Sprache“, die „nothwendig“ sei, um die Parteigenossen über die Stärke der Partei zu täuschen, das Alles schenken wir Herrn Wartenburg. Es ist zu albern. Bieleicht wird es Herr Wartenburg an sich selber erleben, daß er den Mund zu voll nahm, als er die Sozialdemokratie der Renommage zieh. Sollte sich nämlich die Candidatur Wartenburgs im 18. sächsischen Wahlkreise befestigen, dann gratuliren wir ihm im Voraus zu der Ehre, von der Sozialdemokratie geschlagen worden zu sein. Aber das nebensächlich. Herr Wartenburg hätte jedenfalls besser gehandelt, den Lesern seines Blattes das fragliche Referat ganz zur Kenntniß zu bringen, dieselben wären dann nicht im Unklaren geblieben, warum wir die „Bildung“, die die Gesellschaft für Verbreitung von Volksbildung anstrebt, nicht Bildung, sondern Verbildung nannten. Es ist kein „allgemeiner Satz“, wenn in dem betr. Referat gesagt ist, daß es „Gesellschaft für“ nicht um die Volksbildung schlechthin, als vielmehr um eine gewisse Art von Bildung zu thun sei. Katheder, Kanzel und Kasernen reichen eben nicht aus, den Geist der Unzufriedenheit, der immer vernehmlicher seine Stimme gegen die bestehenden politischen und ökonomischen Zustände erhebt, zu kranken; und da ist Hülfeleistung nothwendig. Und dem reactionären Staat kommt die liberale Bourgeoisie zu Hilfe. Doch die Hilfe kommt zu spät. Gelang es der systematischen Verdummung nicht, das Erwachen des Klassenbewußtseins im Proletariat zu verhindern, die Corruption und es eben so wenig vermögen. Und das Letztere will die Gesellschaft zur Verbreitung von Volksbildung, dafür bürgen die Männer, die an der Spitze dieser Gesellschaft stehen. Eine Klasse, deren eigenes Bildung in der Fähigkeit besteht, die Massen auszubenten, eine solche Klasse kann mit der Verbreitung von Volksbildung nichts anderes wollen als Dablung, Unterwerfung unter die bestehenden politisch-ökonomischen Zustände. „Harmonie zwischen Ausbeutern und Ausgebauten“, in diesem Satze gipfelt das Programm der Gesellschaft für Verbreitung von Volksbildung. Welchen Anlaß diese These aber unter den Arbeitern findet, davon kann Hr. Dr. Lindwurm erzählen. In Oera war es, wo dieser „Vollbildner“ verkommen mußte vor dem Rufe der Arbeiter: Erst Brod und dann Bildung.

**St. Michael.** Da der Weberstreik in Berlin ein allgemeiner geworden ist, so fühlten sich die Parteimitglieder St. Michael's bewegt, die streikenden Weber nach Kräften zu unterstützen und wurde in letzter Versammlung beschlossen, eine freiwillige Sammlung bei sämtlichen Webern zu veranstalten und hat diese 6 Tblr. 20 Gr. ergeben, auch Stangenendorf hat eine Sammlung veranstaltet, die auch 1 Tblr. 10 Gr. ergab. Gleichzeitig ersuche ich alle Weber Deutschlands keine Mühe zu scheuen, unsere Kollegen in Berlin nach Kräften zu unterstützen. Wir wollen der Bourgeoisie

beweisen, daß wir auch leben wollen! Die Menschen, aber bei einem solchen Lohn ist noch gar keine Rede vom Leben.

Heinrich Müller.

**Berlin, 25. Juli.** Nachdem der Strike der Stuhlarbeiter (Weber) seit dem 1. Juli gemeinschaftlich von Meistern und Gesellen geführt wurde, ist am heutigen die Bewegung leider in ein anderes Stadium getreten. — Die hochlöblichen vereinigten Innungen, welche die Führung des Strikes übernommen hatten, zeigten gleich im Anfang der Bewegung, daß sie nicht fähig waren, die Sache zu einem guten Ende zu führen; und trotzdem sie in den ersten Versammlungen Stein und Bein schworen, an dem Lohnstarif festzuhalten, erklärten sie in der heutigen Versammlung, dennoch die Arbeit wieder aufzunehmen (natürlich ohne daß die Fabrikanten bewilligt haben), sie erklärten, daß sie nicht im Stande wären, noch Bemanden zu unterstützen, da es an Mitteln fehle! (Wir bezweifeln das.) Schließlich empfahlen sie noch ihren Kollegen, sich komptoirweise zusammenzuscharen, vor die Herren Fabrikanten zu treten, um zu retten, was noch zu retten ist! Wir Gesellen sind aber nicht gesonnen, unter den alten schimpflichen Bedingungen wieder zu arbeiten, mehrere Hundert sind bereits ausgewandert und die Verberatheten werden nach Kräften von uns unterstützt. Nächste Woche haben wir Generalversammlung und wir sind gesonnen, alle diejenigen Gesellen, welche von ihren Meistern überredet und unter der Vorspiegelung einer Lohnerhöhung bereits wieder arbeiten, von Neuem zu bewegen, die Arbeit niederzulegen; wir sind nicht im Stande, für den alten Lohn unsere Existenz weiter zu fristen und bitten alle Arbeiter um Unterstützung in diesem harten Kampfe. Vor Zuzug wird gewarnt.

Mit Gruß die Kommission der Stuhlarbeitergesellen:

Dr. Scholz, Vorf. G. Gladewitz, Schriftf.

NB. Alle arbeitervreundlichen Blätter werden gebeten, von obigem Bericht Notiz zu nehmen.

**Hamburg.** Der Strike der Klemperer und Gas- und Wasseranleger ist noch immer nicht zu Ende, und wir ersuchen daher, Zuzug auch ferner fern zu halten. Durch die thatkräftige Unterstützung unserer Kollegen, von hier sowohl wie auch von außerhalb, ist es uns möglich geworden, dem Andrängen unserer Arbeitgeber gegenüber Stand zu halten, welche weder Lüge noch Verläumdung scheuen, um uns zu besetzen. Das Ziel, welches unsere „Herren Arbeitgeber“ hauptsächlich bei Aufnahme des Kampfes im Auge hatten, war die Sprengung des hiesigen Fachvereins der Klemperer und Gasfitter. Nun, da hett en Uhl setten sagt der Hamburger. Bisher ist es ihnen nicht gelungen und es wird ihnen auch nicht gelingen; im Gegentheil, durch den Strike sind viele Kollegen zu der Einsicht gelangt, daß die Vereinigung eine Nothwendigkeit ist. Darum, Kollegen allerorts, vereinigt auch Ihr Euch, damit Ihr stets auf derartige Fälle vorbereitet seid.

Den Kollegen, die uns bisher so thatkräftig unterstützten, sagen wir unsern herzlichsten Dank. Sobald der Strike zu Ende ist, werden wir die Abrechnung folgen lassen. Schließlich verweisen wir noch alle hierher reisenden Kollegen auf unser Arbeitsnachweis-Bureau, Schöppensiedl 22.

Briefe etc. sind zu richten an den Unterzeichneten.

Mit collegialischem Gruß:

W. Meyger,

Vorsitzender des Fachvereins, Böhmlenstraße 8, II.

**Halle, 14. Juli.** Der Jahresbericht der Handelskammer für Halle etc. pro 1872 gibt folgende Musterschilderung der sozialen Bewegung sowie eine Lohnstatistik ihres Bezirks:

„In Halle selbst ist im vergangenen Jahre die Lassalle'sche Agitation, die jetzt mehr die Umgebung bereift, weniger bemerkbar als in den vorhergehenden Jahren gewesen. Einige öffentliche Versammlungen sozialdemokratischer Tendenz waren sogar schwach besucht. Auch bedeutendere Strikes sind bei den Arbeitern der Großindustrie nicht vorgekommen, da denselben durch freiwillige (?) Erhöhung der Löhne vorgebeugt wurde und sich überhaupt die Fürsorge (?) der Arbeitgeber für ihre Leute in erfreulicher Weise bezeugt (?) hat. Vielfach wurden die Arbeiter gegen Unfälle versichert und die Krankenkassen unterstützt. (Warum werden keine Zahlen angegeben? „Vielfach“ ist eine Phrase, die beliebig gehandelt werden kann. N. d. „B.“) Zur Wälderung der Wohnungsnoth sind nicht allein städtischerseits eine große Anzahl Häuser erbaut worden (eine wie „große Anzahl Häuser“? 2 oder 200?), auch der von namhaften (z. B.?) Patrioten unterstützte Wohnungsverein versucht es „ganz recht“, „versucht“ es; von einem „Gelingen“ wagt man noch nicht zu reden, Abhilfe zu schaffen, während einzelne größere Industrielle Wohnhäuser für ihre eigenen Arbeiter errichten lassen. (Um die Arbeiter an die Scholle zu fesseln und bei ausbrechenden Strikes auf die Straße zu werfen.) Dergleichen Entgegenkommen (?) vermochte freilich nur theilweise oben geschilderte Verhältnisse zu mildern. Als der erhebliche Strike ist derjenige der hiesigen Steinbauer zu bezeichnen, welche im vergangenen Frühjahr eine Lohnerhöhung um ca. 30 Prozent erreichten. Hierbei sei erwähnt, daß die hiesige Firma C. A. Merkel, welche den Bau des Reichs-Generalpostamtes in Berlin übernommen hat, die Generaldirection nicht bewegen konnte, ihr eine Entschädigung für die so enorm gestiegenen Arbeitslöhne zu gewähren, sondern angehalten wurde, den im Jahre 1871 abgeschlossenen Vertrag in allen seinen Theilen aufrecht zu erhalten. — Während die Großindustrie hiesigen Platzes im Allgemeinen von den Strikes verschont blieb, traten fast alle hiesigen Kleingewerbe den Kreislauf des Strikes nach einander an. Es erhoben zunächst die Gesellen ihren Lohn, worauf die Meister die Mehrkosten mit einigen (?) Prozenten Zuschlag auf das Publikum abwälzten. — In den Bitterfelder Fabriken machten sich theilweise Arbeitseinstellungen und Erpressung (!) höherer Löhne bemerkbar, wurden aber immer im Keime unterdrückt. — Bei dem Bau der Aktienmalzfabrik in Könnern stellten vorigen Sommer 50 Maurer die Arbeit ein und forderten unbedingte Haftpflicht der Arbeitgeber für Verunglückungen von Maurern und Lohnerrhöhung. Eine geringe Lohnerrhöhung wurde bewilligt, alle anderen Anträge aber abgelehnt, und der Strike hatte hiermit in wenigen Tagen sein Ende. Der Versuch, die übrigen Bauhandwerker und die bei den übrigen Bauten beschäftigten Maurer zur Theilnahme an der Arbeitseinstellung zu bewegen, war von vorn herein gescheitert. Die soziale Frage wird in Versammlungen und sonst öfters ventilirt; ein großer Theil der Bauhandwerker huldigt den Grundgeden der Gewerksvereine. — In Eilenburg ist es zu einer Arbeitseinstellung noch nicht gekommen, obwohl verschiedene soziale Reiseagitatoren nach Kräften schürten. Die dortigen Fabriken erhoben freiwillig (nicht in Folge der „Schürung“?) die Löhne. — In Freiburg a. d. U. forderten die Bauarbeiter bei Beginn dieses Jahres Abkürzung der Arbeitszeit um 1 Stunde und Erhöhung der Löhne um 25 Prozent, was ihnen gewährt wurde. Später stieg der Lohn nochmals um ca. 10 Prozent. — In Hohenmölsen sind Arbeitseinstellungen nicht vorgekommen. Seit einiger Zeit treiben jedoch wieder Abgeordnete des „Allgemeinen deutschen Arbeitervereins“ ihr Wesen. Die Versammlungen, welche von

diesen Reisepredigern abgehalten werden, sind immer ziemlich stark besucht, sie verlaufen aber stets sehr ruhig, und ist die Zahl derjenigen, welche sich als Mitglieder des genannten Vereins haben aufnehmen lassen, nach der Mitgliederliste, nicht bedeutend. — In Landsberg kamen Versuche zu Strikes wiederholt vor. — In den verschiedenen Establishments bei Laucha traten Strikes heroor, weil die Leute wegen Neubau der haussirten Straße von Laucha nach Rebra einen Hinterhalt zu haben glaubten. — Aus Pöbejan wird uns geschrieben, daß auch dort mehrfache Schwierigkeiten und Berlegenheiten durch die in neuerer Zeit hervorgetretenen Verhältnisse zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern entstanden. Während Bedürfnis und Nachfrage bedeutend zunahm und die Fabrikanten an bestimmte Lieferungsfristen gebunden waren, mußte die tägliche Arbeitszeit verringert werden. Störend auf den Geschäftsgang mußte es in hohem Grade einwirken, daß unberechtigte (?) Arbeitseinstellungen der Arbeiter in Masse oder plötzlicher Abgang mehrerer oder einzelner Arbeiter aus der Fabrik ohne vorherige Kündigung stattfanden, auch wohl willkürlich die Arbeiter Tage lang feierten. — In Rebra haben die stark vertretenen Steinbauer auf Anregung des sogenannten „Gewerksvereins“ der deutschen Steinmeger und Steinbauer in Berlin“ zum Zwecke von Lohnerrhöhungen war die Gründung eines Ortsvereins versucht; die Sache ist aber bis jetzt noch nicht zu einem Abschlusse geblieben. — Während bis in die neueste Zeit Naumburg von sozialen Agitationen verschont geblieben war, traten dieselben in den letztverfloffenen Monaten desto stärker auf. Mehrere Reiseagitatoren der Lassalle'schen Richtung veranstalteten zahlreich besuchte Versammlungen, in denen Beitrittserklärungen erfolgten und die proponirten Resolutionen angenommen wurden. Eine dieser Versammlungen mußte polizeilich aufgelöst werden. Beide Richtungen der sozialen Agitation, die Hirsch-Dundersche und die Lassalle'sche, sind in Naumburg vertreten und haben sich in den gedachten Versammlungen gegenseitig bekämpft. Beide haben in Naumburg zwar Zweigvereine des Berliner Hauptvereins gebildet, doch ist ihre Mitgliederzahl nur gering, da bei der wenig zahlreichen Arbeiterbevölkerung Naumburg keinen geeigneten Boden für die soziale Agitation darbietet. Eine in's Werk gesetzte Arbeitseinstellung der Rammfabrikarbeiter wurde durch gütliche Vereinbarung beseitigt. — In Quersfurt wurden mehrfach soziale Agitationen von auswärtigen Agenten angeregt, doch ohne nennenden Erfolg. Tagelöhne und Fuhrlöhne sind im vergangenen Jahr durch freiwillige Vereinbarungen bei großer Nachfrage nach Arbeitskraft mindestens um 50 Prozent gestiegen. — In Schölen sind zwar soziale Agitationen versucht worden, aber nicht zur Ausführung gekommen, da keine Lokalitäten zu Versammlungen zur Disposition gestellt wurden. — In Stößen ist der Mangel an Arbeitskraft fühlbar und daher ein Streben nach Lohnerrhöhung vorhanden. — In Teuchern machen sich jetzt soziale Agitationen mehr bemerkbar als sonst. Dies mag auch der Grund zu der noch nicht beendeten Arbeitseinstellung der Steinbauer hiesiger Umgegend sein. — In Weisenfeld ist eine organisirte, allgemeine Arbeitseinstellung nicht vorgekommen, dagegen hat sich ein häufiges, ganz willkürliches Wegbleiben der Arbeiter resp. Fortgehen derselben von der Arbeit, sowohl von einzelnen, als auch von mehreren gleichzeitig, anscheinend auf Berabredung eingestellt. Hiedurch wurde z. B. in der Zuckersabrik der Betrieb zeitweise, oft sogar momentan auf die Hälfte reducirt. Es liegt hier unzweifelhaft ein Mangel der jetzigen Gesetzgebung vor, nach welcher wohl der Arbeitgeber gezwungen werden kann, seinen Verpflichtungen nachzukommen, nicht aber der Arbeiter, da der einzige Weg, welcher dem Ersteren gegen den Letzteren freisteht, der des Civilprozesses, ein viel zu langwieriger und fast immer für den Arbeitgeber, in Folge Aushebung der Schuldhaft, erfolgloser ist. — In Zeitz haben es die Sendlinge der Sozialdemokratie an Agitationen unter den zahlreichen Arbeitern nicht fehlen lassen, wodurch die Ansprüche der Arbeiter und Gesellen auf höhern Lohn rege wurden. Die zur Entscheidung des seit dem 1. Januar 1872 in Zeitz bestehenden gewerblichen Schiedsgerichts gebrachten Fälle vermehrten sich; doch ist es zu wirtlichen Strikes nicht gekommen. — Im Mansfeld'schen Kupferschieferbergbau war der durchschnittliche Gehaltsverdienst für die 8stündige Häuerschicht bei der Strebarbeit auf den oberen Revieren 26 Sgr. 4 Pf. bis 28 Sgr. 8 Pf., d. i. 3 Sgr. 8 Pf. bis 4 Sgr. 5 Pf. höher als 1871; auf den unteren Revieren von 24 Sgr. 10 Pf. bis 27 Sgr. 10 Pf., d. i. 2 Sgr. 7 Pf. bis 3 Sgr. 1 Pf. höher als 1871. Zur Beförderung der Anstellung gewerkschaftlicher Arbeiter wurden von der Kupferschieferbauenden Gewerkschaft 80 Darlehne mit zusammen 19,098 Thlrn. ausgegeben, außerdem Baustellen billig verkauft und Familienhäuser gebaut. — Im Kohlenbergbau machte sich ein großer Mangel an Arbeitern fühlbar. Die Nachfrage war dauernd stärker als das Angebot, was dahin führte, daß die Löhne noch weiter in die Höhe gingen. Besonders stark (!) war die Lohnsteigerung in dem gewerblichen Landstrich um Zeitz, wo die Häuerlöhne stellenweise die Höhe (!) von einem Thaler und mehr für die 12stündige Schicht erreichten. Der Durchschnittslohn beträgt 250 bis 300 Thlr. p. a. (per annum d. h. jährlich), welcher Betrag auch in den Gruben bei Bitterfeld etc. gezahlt wird. Die Grubenarbeiter wohnen meistens auf Dörfern, theils als Eigenbesitzer, theils zur Miete. — Das Durchschnittslohn der Maschinenarbeiter in Halle wird durchgehends von 255 bis 300 Thlr. angegeben; jedoch beläuft sich dasselbe in einzelnen Branchen, je nach der Leistungsfähigkeit, im Accord auf 6 bis 15 Thlr. pro Woche, in der Geldschrankfabrikation auf 7 bis 8 Thlr. pro Woche. Die Wohnungsverhältnisse werden allerdings schwierig, jedoch sind Wohnungen der Umgegend zu 20 bis 30 Thlr. p. a. zu haben. Die Maschinenarbeiter in den kleineren Orten stehen sich nicht viel niedriger, auf einem Durchschnittslohn von 260 Thlr. p. a., jedoch sind dort Wohnungen billig (?) vorhanden. — In den Parafinabriken verdient ein Mann im Durchschnitt p. a. 200 bis 300 Thlr., in den Theerschwelereien 180 bis 230 Thlr., das Durchschnittslohn der jugendlichen Arbeiter ist 130 bis 140 Thlr., für Arbeiter in den Mineralisfabriken beläuft sich das Verdienst auf 230 bis 250 Thlr. Die größte Mehrzahl dieser Fabriken befindet sich in den kleineren Orten und auf dem Lande und besitzen viele Arbeiter eigene Häuschen in den umliegenden Dörfern. — In den Malzfabriken beträgt das Durchschnittslohn 240 Thlr. p. a. — In unseren großen Zuckersabriken ist zu unterscheiden zwischen den ländlichen Arbeitern und den Fabrikarbeitern. Die meisten Fabriken haben Familienhäuser erbaut, theilweise mit Dampfheizung und Küchen. Das Durchschnittslohn beläuft sich in der Halle'schen Zuckersiederei, welche allein 300 Fabrik- und 250 ländliche Arbeiter beschäftigt, zwischen 150 bis 360 Thlr. Auf den ländlichen Fabriken variiert das Lohn bei männlichen Arbeitern zwischen 15 bis 20 Sgr. pro 12 Arbeitsstunden, bei weiblichen und jugendlichen Arbeitern zwischen 8 bis 15 Sgr. pro 12 Stunden. — In den ländlichen Webereien beläuft sich das Verdienst auf 180 bis 250 Thlr. p. a.; in der Tuchfabrikation, welchem Industriezweig, wie geklagt wird, sich immer weniger Ar-

beitskräfte zuwenden, beträgt das Lohn für die älteren 220 Thlr., für die jüngeren Arbeiter 150 Thlr. und für das weibliche Personal 90 Thlr. auf dem Lande. — Das Durchschnittslohn der hiesigen Stärkefabriken normirt sich auf 260 Thlr. — Je nach der Befähigung der Arbeiter variiert das Arbeitslohn der hiesigen Färbereien zwischen 200 bis 350 Thlr. — Von den Hüttenarbeitern der Glashütte Corbetta verdienen die Ballonarbeiter 800 Thlr., die Flaschenmacher 400 Thlr., die allgemeinen Beschäftigten Obliegenden ca. 220 bis 350 Thlr. p. a. Die gewöhnlichen Handarbeiter erhalten jährlich 150 bis 220 Thlr. — In der Cigarrenfabrikation beläuft sich das Arbeitslohn auf 312 bis 520 Thlr. p. a. für erwachsene Arbeiter, je nach Leistungsfähigkeit, der jugendlichen a) der Lehrlinge auf 100 bis 300 Thlr. p. a., b) der Wickelmacher und Abrisper (Schulfinder) 30 bis 45 Thlr. p. a. Gegen diese Löhne in Eilenburg stellen sich diejenigen in Zeitz um ca. 33% Prozent niedriger. — In den Ziegeleien ist das Durchschnittslohn 150 bis 200 Thlr. auf dem Lande; das jährliche Durchschnittslohn eines Maurergesellen 150 bis 350 Thlr., eines Lehrlings 100 Thlr.; das Lohn der Tischler in der Stadt 200 bis 400 Thlr. in Accordarbeit; das der Bildhauer 200 bis 600 Thlr. bei Stundarbeit. — Das Lohn der Wahlknappen beträgt 250 Thlr., das der Handarbeiter 200 Thlr., das der Derschläger 100 bis 150 Thlr. p. a. — In den Glasfabriken beläuft sich das Jahreslohn für Handschuhmacher 200 bis 600 Thlr., für Geber 200 bis 300 Thlr., für Färber 150 bis 250 Thlr., für Tagelöhner 150 bis 200 Thlr.; in der Pelzwaarenfabrik für die männlichen Arbeiter 250 Thlr., für die Frauen 120 Thlr., für die Mädchen 60 Thlr.; in der Lederfabrikation (Weissenfels) 210 Thlr.; in der Pianofortefabrikation (Zeitz) 250 bis 300 Thlr.; in der Geschäftsbücherfabrikation (Schleuditz) 180 Thlr.; in der Asphaltpappefabrikation (Halle) 360 Thlr.; in der Leinwandfabrikation (Schöfren) 120 Thlr.; in der Gasfabrikation 250 Thlr. bei 12-stündiger Arbeitszeit.

Mögen nun die Arbeiter den Commentar zu diesem sogenannten Handelskammerbericht schreiben; d. h. mögen sie berechnen, wie das Durchschnittslohn der obgedachten Zahlen anfallt und ob die Maximal- und Minimalätze auch in allen Theilen richtig. Ferner ist darauf zu verweisen, daß meistens über die Arbeitszeit geschwiegen ist und die gesundheitlichen Verhältnisse nicht mit einer Silbe berührt sind. — Einige der hier angeführten Lohnzahlen bedürfen am allerwenigsten eines Commentars.

**Langenbielau, 23. Juli.** Arbeiter! Zu den Waffen, welche unsre Gegner gegen uns führen gehört in erster Linie die, daß man uns das Abhalten größerer Versammlungen unmöglich macht, indem man die Inhaber passender Lokale durch Drohungen einschüchtert. Diese Thatsache zwingt mir die Feder in die Hand. Die allgemeinen Wahlen zum Reichstage stehen uns bevor, wir müssen uns bei Zeiten zum Kampfe rüsten, weder List noch Drohung darf im Stande sein, uns zu zersplittern oder unsre Vereinigung aufzuhalten. Doch zur erfolgreichen Führung des Wahlkampfes gehören Mittel, es muß also sofort mit der Beschaffung eines Wahlfonds begonnen werden. Um nun aber die Leistungen Derer, welche sich jetzt trennen und fest zu unsrer Sache gestanden, nicht über Gebühr auszudehnen, ist es notwendig, daß sich alle Arbeiter an unsrer Bewegung betheiligen, dadurch werden die Opfer, welche der Einzelne zu bringen hat, sich bedeutend niedriger stellen. Dadurch, daß wir wieder in den Besitz eines ständigen Versammlungslokals gelangt, hören für die Zukunft die regelmäßigen Extra-Sammlungen auf. Ferner wird von den Mitgliedern der sozialdemokratischen Arbeiterpartei, nachdem ich mich mit der Parteileitung darüber verständigt, von jetzt ab nur 1 Sgr. pro Monat erhoben; die Zahlung eines zweiten Silbergroschens, zu welcher sich seinerzeit die Mitglieder freiwillig verpflichtet, wird als Regel aufgehoben. Der Grund, welcher viele in letzter Zeit zurückgehalten, ist also beseitigt, es ist mithin zu erwarten, daß die Betheiligung wieder eine lebhaftere sein wird, denn nur dadurch werden wir uns bei unsern andrängigen Parteigenossen ein Anrecht auf Unterstützung erwerben, wenn wirklich der Wahlkampf begonnen hat.

In allerhöchster Zeit wird in Verbindung mit den Mitgliedern des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins für den Kreis Reichenbach ein Arbeitertag abgehalten werden, um dort das Erforderliche für die Wahlen zu beschließen. Auch dabei ist die Betheiligung möglichst aller Arbeiter erforderlich. Arbeiter! Noch ein weiterer Punkt erfordert eure zahlreiche Betheiligung. Bereits vor meiner Beschaffung hatten wir den Anfang zu einer zeitgemäßen Reform der hiesigen Ortskrankenkasse gemacht, diese Bewegung muß jetzt mit Energie fortgesetzt werden und kann der Erfolg durchaus nicht zweifelhaft sein, wenn nur alle Arbeiter ihre Pflicht thun.

Doch nicht genug, daß wir uns bloß für die vorgedachten Zwecke erwärmen, die Hauptsache ist doch das Einziel der Arbeiterbewegung, und es kann der Arbeiter, welcher dem Ringen einer kleinen Anzahl seiner Klasse in diesem großartigen aller Kulturkämpfe gleichgültig zuzusehen im Stande ist, nimmer mehr ein sich seiner Menschenwürde bewußtes Wesen sein. Je fester die Masse der Arbeiter sich verbindet, desto weniger Schwierigkeiten werden sich uns entgegenstellen. Auch wird es uns dann wieder möglich sein, ab und zu ein Lokal zu größeren Versammlungen zu bekommen.

Welche Erfolge die Feindseligkeiten unserer Gegner haben werden, hängt lediglich von uns selbst ab. Wir haben unser Geschick in Händen, unsern Anstrengungen muß die numerisch schwache Zahl der Feinde weichen.

Vollständige Gleichberechtigung auf sozialem wie politischem Gebiet ist unser Ziel, zeigen wir uns dieser Aufgabe würdig und beweisen wir unsern guten Willen durch Massenbeitritt zur sozialdemokratischen Arbeiterpartei und durch Abnommen auf den „Volkstaat“. Derselbe kostet bei wöchentlich dreimaligem Erscheinen durch die Post frei ins Haus monatlich 8 Sgr.

Mit sozialdemokratischem Gruß  
Aug. Kühn.  
**Augsburg, 12. Juli.** In Nr. 25 der „Deutschen Schuhmacherzeitung“, Organ für die Großindustriellen in der Schuhmacherbranche, lesen wir einen Artikel, überschrieben: Ein mißglückter Streik“, von einem Herrn Th. Hachenberg aus Essen a. d. Ruhr. In diesem Artikel drückt Herr H. seine Freude darüber aus, daß der dortige Meisterverein es fertig gebracht habe, daß die Gehilfen in Essen mit ihren Forderungen nicht durchgebrungen sind. Ich erlaube mir deshalb an dieser Stelle jenem Herrn Einiges zur Beherzigung zu unterbreiten, und die dortigen Schuhmachergehilfen werden dafür sorgen, daß diese Zeilen an die richtige Adresse gelangen. Herr H. aus Essen wird zugeben müssen, daß es wenig Geschäfte gibt, bei denen man eine Lehrzeit von 2—3 ja sogar 5 Jahre durchzumachen hat, um dann erst — recht nichts zu können, indem die meisten Meister den Lehrlingen nicht als ihren Schüler sondern als ihren Hausknecht betrachten und benützen. Wenn nun ein solcher junger Mensch so glücklich ist, Geselle zu sein, so verdient er vielleicht 2 Thlr., hat er mehr gelernt, vielleicht 3 Thlr. pro Woche, er muß aber immer sein Werkzeug, das ihm im Einkauf immer auf 8 Thaler zu stehen kommt, selbst in gutem Zustand erhalten und so manche Garnitur von

diesem Hungerlohn von 2—3 Thlr. pro Woche kaufen. Und da hat Herr H. aus Essen bei solch erbärmlichen Zuständen noch die Stirn, von „unberechtigten Forderungen zu sprechen“? — War Herr H. aus Essen je einmal Schuhmachergehülfe? und hat er als solcher das drückende dieser Lage an sich selbst erfahren? oder ist Herr H. aus Essen ein von jenen Meistern, das von der Mutter Schurzzipfel nicht weggenommen ist, sich vielmehr gemüthlich in dem Geschäft des Vaters festsetzte. Es scheint das Letztere der Fall zu sein, denn eine Erfahrung spricht aus dem ganzen Geschreibsel nicht, das jedenfalls auch nur dazu dienen soll, die Meister anderer Orte gegen die Gehilfen zu jananisiren. Herr H. aus Essen hat es für überflüssig gefunden, seine Ansicht in Bezug auf die „unberechtigten Forderungen“ der Gehilfen zu motiviren; wir wollen Ihnen ein bißchen nachhelfen: Es ist wahr, die Schuhmachermeister sind in ebenso trauriger Lage als die Gehilfen, ja in mancher Beziehung noch trauriger daran. Was beweist aber dies? — Daß das ganze Gewerbe gehoben werden muß, soweit dies unter der heutigen Produktionsweise noch möglich ist: Die Meister hätten Jahrzehnte lang Zeit, das Geschäft zu organisiren, was haben sie aber gethan? Nichts, als daß sie sich durch billige Arbeit gegenseitig die Kunden zu entziehen suchten, und das Geschäft dadurch ruiniren hal-en. — Und nun, da die Gehilfen durch ihre erbärmliche Lage gezwungen, die Forderung stellen, wenigstens ihre Leistungen so bezahlt zu sehen, um als Mensch leben zu können, nun schreit man über „unberechtigten Forderungen“. — Herr H. aus Essen: Werden die Leistungen der dortigen Schuhmachergehilfen so bezahlt, daß die Leute auch als Menschen (wozu sie doch die Berechtigung haben) leben können? Ich glaube nicht, denn aus Uebermuth strift der Arbeiter nicht. Wenn also die Leistungen der Schuhmachergehilfen nicht genügend bezahlt sind, so haben sie die Berechtigung und sogar Verpflichtung, mehr für ihre Leistungen zu fordern und die sogenannten Meister, wenn diese Mehrbezahlung nicht leisten können, haben mit ihren Preisen ebenfalls in die Höhe zu gehen. Nicht sie bezahlen also die Aufbesserung der Gehilfen, sondern das konsumirende Publikum. Noch Eins Herr H. aus Essen: durch die Feigheit und Dummheit der sogenannten Meister ist das Geschäft verlottert, und durch die Energie der Arbeiter (die Euch mit der Preiske vorwärts treiben) muß dasselbe (soweit es die heutige Produktionsweise zuläßt) wieder gehoben werden: Ihr aber, Schuhmacher Essens, sowie Arbeiter der ganzen civilisirten Welt, seid eingedenk, daß die Arbeiterinteressen gemeinsame sind, unsere Loosung sei: „Proletarier aller Länder vereinigt euch!“ Mit sozialdemokratischem Gruß  
J. Cadres, Schuhmachermeister. E. 361.

**An Annoncengebühren schulden:**  
Düsseldorf: Reichelt f. Jan. 4 Gr., Arb.-Part. f. Febr. u. Juni 23 Gr.; Darmstadt: Donges f. Febr. 4 Gr.; Arb.-Part. f. März 12 Gr.; Dresden: Maurer u. Zimmerer f. Febr. u. Mai 24 Gr., E. Knof f. Mai 7 Gr., Metallarb.-Gew. 27 Gr., Agitat.-Comité f. Mai 6 Gr.; Duisburg: Arb.-Part. f. März 8 Gr.; Dessau: Spinnerstr. f. März 7 Gr.; Erfurt: Hesse f. April 4 Gr.; Eßlingen: Arb.-Part. f. Jan. bis Juni 1 Thlr. 27 Gr.; Elberfeld: Arb.-Part. 5 Gr.; Frankfurt a. M.: Vierbr.-Verein Jan., Febr. 12 Gr., Arb.-Part. Febr. bis Juni 1 Thlr. 17 Gr.; Forst: Arb.-Part. Febr. u. Juni 1 Thlr. 18 Gr.; Freiberg in Sachl.: Arb.-Part. f. April 25 Gr.; Froburg in Ob., Simbel f. April 4 Gr.; Fürth: Bedendahl, April 18 Gr.; Froburg i. S.: Arb.-Part. (Anfrage) Mai 5 Gr.; Gotha: Arb.-Part. Dez. bis Juni 19 Gr.; Holzarb.-Gew. f. Juni 7 Gr., Schuhm.-Gew. f. Juni 10 Gr.; Grimma: Ver. f. März 5 Gr.; Geithain: Arb.-Ver. April 12 Gr.; Glauchau: Korbmachermstr. E. Lehmann f. Juni 12 Gr., Volkover f. Mai 1 Thlr. 26 Gr.; Gingen im Br.: Eisenhändler Köpf 8 Gr.; Halberstadt: Arb.-Part. f. Febr. u. Mai 18 Gr.; Haide in Holst.: Petersen f. März 24 Gr.; Hannover: Buchbind.-Verein f. März u. Juni 19 Gr., Arb.-Part. f. Jan. bis April 1 Thlr. 3 Gr., Schneiderverein f. Mai 10 Gr.; Hamburg: Schiffszimmerer-Gew. f. März, Mai, Juni 29 Gr., Arb.-Part. Mai u. Juni 1 Thlr. 11 Gr., Holzarb.-Gew. f. April bis Juni 1 Thlr. 26 Gr., Steinmetzengew. f. April, Mai 13 Gr., Klempnerschwer. f. Mai 6 Gr., Holtmann Wirth f. Juni 12 Gr., Hildeheim: Arb.-Part. Mai u. Juni 18 Gr.; Hannover: Arb.-Part. Jan. bis April 23 Gr., Arb.-Verein 20 Gr.; Johann-Georgenstadt: Arb.-Part. f. Mai 6 Gr.; Langenbielau: Arb.-Part. f. März u. April 16 Gr.; Leuzenfeld: Agit.-Com. 14 Gr.; Leisnig: Arb.-Part. f. Febr., Mai, Juni 25 Gr.; Landshut: Pippert, Agit.-Comité Febr. 6 Gr.; Lörrach: Allg. Arb.-Bund, Mai 9 Gr.; Limbach: Arb.-Part. f. Juni 6 Thlr. 12 Gr.; Leipzig: Drechslergeh.-Krankenkass. f. April u. Mai 12 Gr., Gew.-Genoss. d. Töpfer f. Juni 5 Gr.; Merane: Volkover, Febr. u. Juli 22 Gr.; Mülsen St. Jakob: Febr. (Fest) 20 Gr.; Meltingen: O. Wolf 3 Gr.; Mänschen: Schneider Gerstmeier Apr. Juni 16 Gr., Schuhmacher-Produktivgesch. 15 Gr., Schuhmacher-Fachver. Mai 6 Gr., Arb.-Part. Mai 5 Gr., Buchbinderver. Mai 5 Gr.; Mänschen: Schoell, Hemdenfabr. Juni 8 Gr.; Magdeburg: Arb.-Part. Juni 8 Gr.; Mänschenberndorf: Reinb. Sachs. Schnitblätterver. f. Juni 8 Gr.; Marzahnstadt: Comité z. B.-Verf. Juni 5 Gr.; Mülsen St. Niklas: Arb.-Bild.-Verein Juni 8 Gr.; Nürnberg: Bernhardt, Hüring, Instrumentenmacher, f. Juni 4 Gr., Memminger Jan. u. Febr. 3 Thlr.; Reiviges: Bernh. Ahlmann, Schneidernstr. f. Febr. 4 Gr., Arb.-Part. f. März 13 Gr.; New-York: Sect. 1. d. Int. Arb.-Aff. Febr. bis Juni 2 Thlr.; Delsnig: Arb.-Part. f. Jan. 3 Gr.; Planitz: Weber, Schlosserstr. f. Jan. 4 Gr.; Arb.-Part. f. Juni 5 Gr.; Römerstadt in Thür.: Arb.-Bild.-Verein f. Jan. 11 Gr.; Reichenbach i. B.: Arb.-Part. f. März 1 Thlr. 2 Gr.; Rochlitz: Arb.-Verein f. April 7 Gr., Friedr. Müllers (Berl.-Anz.) 8 Gr.; Regensburg: Arb.-Part. f. 7 Gr., Fachver. d. Tischler 5 Gr.; Stade: Wahlcomité f. Juni 8 Gr.; Stuttgart: Sattlereverein f. Juni 3 Gr.; Würzburg: Schuhmacher-Gew. f. Jan. 3 Gr., Tischlerfachv. Mai 6 Gr.; Weimar: Arb.-Verein f. April 7 Gr., Schuhm.-Gew. Juni 10 Gr.; Willkowsa: Joh. Blum f. Mai 8 Gr.; Witten: Florenz Brunn, Gußstahlfabrik, f. Mai 8 Gr.; Zwickau: Arb.-Part. f. Mai u. Juni 26 Gr.

Die richtige u. baldigste Berichtigung vorstehender Annoncenbeträge wird um so bestimmter erwartet, als die Anstände dem Congresse vorgelegt werden. Die Expedition des „Volkstaat“.

**Briefkasten**  
der Redaktion. J. Blum in Wilkowsa: Ist für unser Blatt nicht geeignet. A. in Essen: Die Veröffentlichung des Berichtes würde unzweifelhaft eine Polemik zur Folge haben, und eine solche haben wir bisher im Interesse der Partei zu verbinden gesucht. Der Bericht ist übrigens dem Ausschuss überliefert; ist dieser mit der Veröffentlichung einverstanden, dann wird dieselbe erfolgen. S. in Frankfurt a. M.: Für die Aufklärung über M. unsern Dank. Ueber den Werth der Theilnahme, die von Berlin aus der gemeinschaftlichen Organisation erwiesen wird, sind wir mit Ihnen einverstanden. Mißbrauch wird der „Volkstaat“ nicht mehr, bis zu einem gewissen Grade müssen wir aber unparteiisch

handeln. Wollen Sie uns nicht angeben, wo Herr Marr die citirte Erklärung abgegeben hat? Ch. T. in Willau: Das ist ja ein Stecker in besser Form. Für den „Volkstaat“ nicht geeignet, da nur Privatinteressen im Spiel.  
der Expedition. S. B. Rom, Berlin: Schrift 2 Thlr. 24. Schür, Mannheim: Abn. 3. Qu. 16 Gr. Mlr, Braunschweig: Abn. 2. Qu. 23 Thlr. 24. Sinn, Altona: Ab. 2. Qu. 7 Thlr. 26. Hblch, hier: Ab. 3. Qu. 1 Thlr. 12. 5. A. Hrn, Hauen: Schrift 3 Thlr. 10. Fr. Bschff, Davenport, Schweiz: Abn. 1 Thlr. 2. 6. Bschff, Baden: Schrift 9 Gr. Arb.-Bild.-Ver., Brnd: Abn. 3. Qu. 1 Thlr. 4. Fachv. d. Arbeiter, daf.: 3. Qu. 1 Thlr. 4. 3. Mlr, Ctp. hier: Abn. 3. Qu. 18 Thlr. Buchbindere, Hannover: Abn. 20 Gr. Fachv. d. Manufakturarb. Jägerndorf: Abn. 3 Thlr. O. Str. Arb.-Verein Jacquart, Merane: f. Schrift 6 Thlr. 17. 1. Trimm, Berlin: Bon und geben die Exempl. rechtzeitig ab, Sonnabends per Kreuzband, jede Berichtigung ist Schuld der Post. Die Geldsendung ist wie quittirt richtig.

**Berichtigung.**  
In Nr. 63 des „Volkstaat“ befindet sich unter „Politische Uebersicht“ ein Artikel über die Unruhen in der römischen Mark. Derselbe ist durch einen Zufall so verfaßelt worden, daß kein rechter Sinn herauszufinden ist. Uebrigens können wir den Sinn hier nicht richtigstellen, da das betreffende Manuscript nicht mehr vorhanden.

**Zur gefälligen Beachtung.**  
Da in letzter Zeit ausnahmsweise oft für den Parteikassier bestimmte Geldsendungen statt an diesen an Unterzeichneten eingeschickt wurden, so bitte ich recht sehr, für die Folge alle für die Parteikasse bestimmten Geldsendungen ausschließlich und ordnungsgemäß an Herrn H. Bennete, Kl. Schäferkamp 34 zu adressiren. Gleichzeitig bitte ich recht sehr, kleinere Beträge in Briefmarken, größere Summen nur durch Baareinzahlung mittelst Postanweisung einzusenden.  
Th. Nord.

**Berlin** monatlich 7 1/2 Sgr. frei ins Haus, bei den Herren Trautmann, Engländerstraße 6b, 4 Tr.; Frieze, Schwedterstraße 28, Hof part. Wagner, Linienstraße 79; Heinsch, Lindenstraße 11, Hof 4 Tr. bei Westh. A. Dauer, Koppenstr. 38; Schwoide, Stettinerstr. 43, Hof part. [19]

**Berlin** Gewerkschaft der Holzarbeiter. Sonntag, den 3. August, Vormittags 9 Uhr: Versammlung im Locale des Herrn Stadum, Köpckestraße 152. — Tages-Ordnung: 1) Wahl eines Delegirten zum Congreß; 2) Verschiedenes.  
Der Vorstand.

**Berlin** Gewerkschaft der Manufaktur-Arbeiter. Donnerstag, den 31. Juli, Abends 8 Uhr, im Locale des Herrn Meister, Landwehrstr. 11: Vortrag des Herrn Kleist und Verschiedenes.  
Die Mitglieder haben sämmtlich pünktlich zu erscheinen. Gäste haben Zutritt.  
Der Vertrauensmann.

**Berlin** Internationale Metallarbeitergewerkschaft. Sonntag, den 2. August, Abends halb 9 Uhr: Monatsversammlung bei Rade, Auguststr. 80. — Tagesordnung: 1) Bericht des Beitragsamteers und der Revisor; 2) Vortrag und Debatte.  
Alle Mitglieder sind verpflichtet zu erscheinen und für Zuführung von Gästen resp. neu Aufzunehmenden zu sorgen.  
Der Bevollm.

**Crefeld** Laut Beschluß des Rheinisch-Westfälischen Arbeitertages eruchen wir die Parteigenossen von St. Lamb. Borch, Süchteln, Dülken, Graßrath, Bierien, Stadbach schleunigst Anhalten zur Wahl zweier Delegirten zum Nürnberg Congreß zu machen. Wegen der Kosten muß jeder Ort sein Möglichstes thun.  
J. A.: Die Elberfelder Parteigenossen.

**Dresden** Internationale Metallarbeitergewerkschaft. Der gegenwärtige Bevollmächtigte der Dresdner Metallgesellschaft, August Biedermann, wohnt Rosengasse Nr. 15, 3 Tr. [2a]  
Der Bevollm.

**Frankfurt a. M.** Soz.-dem. Arbeiterpartei. Versammlungslokal: Stadt Kreuznach, Dominikanergasse 10. — Jeden Samstag Abend Vortrag und Diskussionen.  
NB. Der „Volkstaat“ liegt in folgenden Wirtschaften aus: Schwab. Papageistr. 4; Schäfer, Papageistr.; im Stolzenfeld, alte Rainergasse; im Lindenbaum, Saalgasse; Ullz, Kanngießergasse und Houlens, Gehlsäulergasse. (ma)

**Hamburg** Sozialdemokratische Arbeiterpartei. Sonntag, den 3. August, Nachmittags 4 Uhr: Sommerfest (Ball) in Belleoue, Eimsbüttel.  
Karten, à Person 4 Schilling, sind zu haben bei den Colporteurs des „Volkstaat“ Schulz und Schülze, bei Geib, Köddingsmarkt 12, Trautmann, Drogonerstraße 25 und den Comité-Mitgliedern.

**Leipzig** Sozialdemokratischer Arbeiterverein. Freitag, den 1. August, Abends 8 Uhr, bei Feldler, gr. Windmühlensstr. 7. — Tagesordnung: 1) Sozialpolitischer Wochenbericht; Ref.: Wiffelwoy. 2) Fragelasten. Gäste willkommen.  
Der Vorstand.

**Leipzig** Gewerkschaft der Holzarbeiter. Donnerstag, den 31. Juli, Abends 8 Uhr: Vorstandssitzung.

**Aufforderung.**  
Alle Diejenigen, welche Liederbücher oder andere Drucksachen von uns bezogen haben, werden hiermit aufgefordert, Zahlung sofort an uns einzusenden.  
Nicht verkaufte Liederbücher erbitten wir uns gleichzeitig zurück, da wir anderweitige Verwendung für dieselben haben.  
Die Expedition der „Chemnitzer Freien Presse“.

*Lypsen, 26. 7. 02.* [19]

Diejenigen Bestimmungsgenossen von Leipzig und Umgegend, welche Unterstützung bei Einberufung und Abhaltung von Volkstagesversammlungen bedürfen, wollen sich gefälligst an das unterzeichnete Comité wenden. Es können aber nur solche, welche sich vorher gemeldet, Berücksichtigung finden.

Briefe sind an die Expedition des „Volkstaat“ oder an Unterzeichneten zu senden.

Die Sitzungen des Comité's finden jeden Mittwoch, Abends 8 Uhr, im Locale des Arbeiterbildungsvereins statt.

Im Auftrage des Agitations-Comité's zu Leipzig:  
F. Ranert, Schriftführer,  
Rosenthalgasse Nr. 5, zweite Etage.

**Die Filialexpeditionen,** welche ihren Verpflichtungen für das 2. Quartal nicht nachgekommen sind, erhalten vom 1. August an keine Exemplare mehr zugeandt.  
Leipzig, den 23. Juli 1873.

Die Expedition des „Volkstaat“.  
W. Fink, Chr. Hadlich.  
Leipzig: Berantw. Redaktor E. Casper. Redaktion und Expedition Zeigerstr. 44. Druck und Verlag der Verlagsanstalt Buchdruckerei.